

## Unterschriftenaktion: Eine Frage globaler Verantwortung



Seit 2002 verhandeln die Europäische Union (EU) und die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über neue "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen" (englisch: EPAs).

Gemäß dem Cotonou-Abkommen sollen die EPAs einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur regionalen Integration der AKP-Staaten leisten. Die nun vorliegenden Abkommen stellen, basierend auf bisherigen Erfahrungen mit Freihandelsabkommen, eher eine Bedrohung als eine Förderung von nachhaltiger Entwicklung in den AKP-Staaten dar. Ein Inkrafttreten dieser Freihandelsabkommen würde Produzenten in den AKP-Staaten der kaum eingeschränkten Konkurrenz billigerer, teils subventionierter Importe aus der EU aussetzen. Die vorgesehenen Schutzinstrumente sind völlig unzureichend. Es drohen eine massive Deindustrialisierung und die Verletzung sozialer Menschenrechte von Millionen Menschen.

Viele Regierungen der AKP-Länder haben öffentlich erklärt, dass sie die Interim-EPAs nur abgeschlossen haben, weil ihnen sonst der Entzug von Marktzugangspräferenzen drohte. In allen Vertragstexten gibt es noch zahlreiche strittige Fragen, die eine Neuverhandlung der Interim-EPAs notwendig machen. Bereits am 13. Dezember 2007 hat der AKP-Ministerrat deshalb ihre Revision gefordert.

**Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages daher auf, die Ratifizierung der EPAs auszusetzen, bis die strittigen und problematischen Aspekte der Abkommen aller Verhandlungsgruppen geklärt, entsprechende nationale Wirkungsanalysen durchgeführt und die Abkommen von den AKP-Staaten unterzeichnet worden sind.**

Bereits im April 2009 hat die Unterschriftenkampagne begonnen. Bis zum noch nicht genau bekannten Ratifizierungstermin im Deutschen Bundestag werden Unterschriften gesammelt. Die Unterschriftenlisten sollen zentral an die KOSA-Geschäftsstelle geschickt werden. Kopien der Unterschriftenlisten werden bei Bekanntgabe des Ratifizierungstermins an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag übergeben.

**Die StopEPA-Kampagne möchte Sie dazu einladen, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen und Sie bitten, diesen Aufruf weiter zu verteilen.** Vordrucke der Unterschriftenlisten als pdf Datei finden sie unter ebenfalls unter [www.stopepa.de](http://www.stopepa.de) oder können bei KOSA angefordert werden.

(KOSA, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld; Email: [kosa@kosa.org](mailto:kosa@kosa.org))

**Nähere Informationen sowie Materialien zur Kampagne finden sie unter: [www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)**

Wir bedanken uns für ihre Unterstützung!

### Träger der Kampagne in Deutschland:

Attac, FIAN Deutschland, Germanwatch e.V., Informationsstelle südliches Afrika, issa e.V., Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Koordination Südliches Afrika (KOSA) e.V., Koordinierungskreis Mosambik (KKM) e.V., Medico international, Netzwerk Afrika-Deutschland, Oxfam Deutschland, Tanzania-network.de e.V., terre des hommes, Weed, Welthaus Bielefeld sowie zahlreiche Einzelpersonen und Initiativen ([www.stopepa.de/unterstuetz.html](http://www.stopepa.de/unterstuetz.html)).



**StopEPA-Kampagne**  
[www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)





# Eine Frage globaler Verantwortung



Seit 2002 verhandeln die Europäische Union und die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über neue "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen" (englisch: EPAs). Bisher wurde lediglich mit der karibischen Region ein umfassendes Abkommen abgeschlossen. In den vier afrikanischen und in der pazifischen Region haben nur einzelne Staaten Interim-Abkommen paraphiert, die bisher nur den Warenhandel umfassen. Die Verhandlungen über umfassende regionale Abkommen werden jedoch fortgesetzt.

Nach der Unterzeichnung der ersten Abkommen beginnt nun der Ratifizierungsprozess. Vermutlich in der neuen Legislaturperiode wird

der Bundestag über die Ratifizierung des karibischen sowie weiterer EPAs entscheiden müssen.

Eine Studie, die für das Commonwealth Secretariat das Karibik-EPA analysiert, kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass ohne nationale Folgenabschätzungen keine Aussagen über die tatsächliche Wirkung der EPAs – positiv wie negativ - getroffen werden können. Auch der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Prof. Olivier de Schutter, hat vor einer möglichen Ratifizierung von EPAs umfassende menschenrechtliche Wirkungsanalysen eingefordert.

**Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages daher auf, die Ratifizierung der EPAs auszusetzen, bis die strittigen und problematischen Aspekte der Abkommen aller Verhandlungsgruppen geklärt, entsprechende nationale Wirkungsanalysen durchgeführt und die Abkommen von den AKP-Staaten unterzeichnet worden sind.**

Kopien der Unterschriftenlisten werden bei Bekanntgabe des Ratifizierungstermins an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag übergeben.

Name	Adresse	e-mail Adresse / Unterschrift



Bitte schicken Sie die ausgefüllte Unterschriftenliste schnellstmöglich an: KOSA e.V., August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld. Weitere Informationen und diese Unterschriftenliste zum Ausdrucken finden Sie unter [www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)